

Krimi beim TAGBLATT-Fußballturnier: TSG Tübingen schlägt SV03 in der Verlängerung

WWW.TAGBLATT.DE

# Schwäbisches Tagblatt

Rottenburger Post

Einzelpreis € 1,90  
Montag, 13. Januar 2020

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEN LANDKREIS TÜBINGEN UND DIE REGION

IM VERBUND DER  
SÜDWEST PRESSE

## Gericht kassiert Windkrafterlass im Land

**Energie** Empfohlenes Verfahren war laut VGH rechtswidrig. Projekte wurden gestoppt.

**Mannheim.** Der Bau mehrerer Windräder im Südwesten verzögert sich. Der Grund: Das vom Land jahrelang empfohlene Vorgehen bei Genehmigungsverfahren war laut einem Gerichtsbeschluss rechtswidrig. Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg in Mannheim stoppte den Bau zweier im Schwarzwald geplanter Windparks, deren Betreiber sich an

den „Windenergieerlass“ der Landesregierung gehalten hatten. Laut Verbandsangaben sind 14 weitere Windkraftprojekte von Verzögerungen betroffen.

Der VGH stoppte die Windparks Blumberg und Länge im Schwarzwald-Baar-Kreis. Die Betreiber hatten für die Anlagen im Wald parallel zwei Genehmigungen beim Regierungspräsidium und beim Landratsamt

eingeholt. Dieses „zweigleisige“ Genehmigungsverfahren sah der Erlass vor. Laut VGH müsse das Verfahren aber konzentriert beim Landratsamt laufen.

Der Bundesverband Windenergie bezeichnete den Erlass, der von 2012 bis 2019 galt, als „bundesweit einmaligen Sonderweg“, der ein Fehler gewesen sei. Die VGH-Entscheidung sei „besonders schmerzhaft, da

sie den Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg deutlich zurückwirft“.

Nach vorläufigen Zahlen wurden 2019 im Südwesten nur fünf Windräder mit einer Gesamtleistung von 17,3 Megawatt (MW) in Betrieb genommen. Im Vergleich zum Vorjahr (114,8 MW) ist das ein Rückgang von fast 85 Prozent. dpa

**Kommentar und Umschau**

## Kritik an „Sonderweg“ des Landes bei Windkraft

**Energie** Betreiber und Verband befürchten Verzögerungen und Kosten wegen ungültiger Genehmigungen.

**Mannheim.** Es geht – wie im Verwaltungsrecht üblich – um eine Formalie: Weil die Vorgaben des „Windenergieerlasses“ der Landesregierung zur Genehmigungspraxis für Windräder laut VGH rechtswidrig waren, wurden zwei bereits genehmigte Projekte im Schwarzwald gestoppt: Bei den Windparks „Blumberg“ und „Länge“ geht bis auf weiteres nichts mehr – ein Erfolg für die klagenden Windkraft-Gegner.

Die Betreiber hingegen sind sauer. Bene Müller ist Vorstand von Solarcomplex, der Betreiber-gesellschaft des Windparks Länge. Er sagte: „Man ist schon sehr überrascht, dass es ein behördlich vorgegebenes Verfahren gibt, das

als rechtswidrig erkannt wird von den Gerichten. Das ist die höfliche Umschreibung.“ Laut dem Bundesverband Windenergie (BWE) ist nun auch bei anderen Projekten mit Verzögerungen und Mehrkosten zu rechnen.

### Baustopp im Dezember

Die Betreiber der beklagten Windparks hatten für die Anlagen im Wald Genehmigungen bei zwei verschiedenen Behörden eingeholt: Eine zur Rodung des Waldes vom Regierungspräsidium, eine andere zum Immissionschutz vom Landratsamt. Laut Verwaltungsgerichtshof (VGH) hätten sie aber beide Genehmigungen in einem Verfahren vom

Landratsamt einholen müssen. Das Gericht verhängte im Dezember 2019 einen Baustopp.

Das gekippte Vorgehen war jahrelang gängige Praxis im Südwesten: Die Landesregierung hatte im „Windenergieerlass“ 2012 das „zweigleisige“ Genehmigungsverfahren vorgegeben. Laut BWE hatte der Südwesten damit „einen bundesweit einmaligen Sonderweg gewählt“. Der Verband habe das Vorgehen schon immer als Fehler angesehen, sagte die Landesgeschäftsstellenleiterin, Sandra Majer.

Der „Windenergieerlass“ sollte „praxisorientierte Handreichung und Leitlinie“ bei Planung, Bau und Genehmigung von Wind-

kraftanlagen sein. Für nachgeordnete Behörden war er verbindlich. Bene Müller sagte: „Als Projektierung nimmt man logischerweise den Weg, der von der Behörde vorgegeben ist.“ Der BWE teilte mit: „Die Projektierer trifft im Grunde keine Schuld.“ Sie hätten sich an die Vorgaben der Landesregierung gehalten.

Diese hat bereits reagiert: Der Erlass lief im Mai aus. Im Juli informierte das Umweltministerium Behörden und Firmen. Laut BWE sind im Südwesten aber mindestens 14 Windenergieprojekte mit 44 Windrädern mit einer Leistung von insgesamt 223 Megawatt (MW) in Genehmigungsverfahren oder haben be-

reits eine Genehmigung nach dem vom Gericht gekippten „zweigleisigen“ Prinzip erhalten.

Laut Ministerium müssen die zwei Anträge zu einem zusammengeführt werden. Für betroffene Projekte bedeute das eine Zeitverzögerung und somit Kosten, sagte Majer. Das stelle die ohnehin angeschlagene Branche im Land vor große Probleme. Fertige Anlagen sind nicht betroffen.

Bene Müller sagte, er hoffe, dass beanstandete Genehmigungen noch „geheilt“ werden können. Sollten Mehrkosten anfallen, könnte laut Müller versucht werden, Ansprüche beim Land geltend zu machen: „Auch das steht im Raum.“ dpa